



PM 29/10

Gewerbsteuer für Freiberufler: Wenig Ertrag, aber enormer Aufwand

Der Vorschlag des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, die Gewerbsteuerpflicht auf die Angehörigen der freien Berufe auszudehnen, ist nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Steuerberaterverbands, Hans-Christoph Seewald, ungeeignet für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen. Zudem ist sie auch willkürlich, da eine systematische Erweiterung der Gewerbsteuerpflicht auch die Land- und Forstwirte umfassen müsste. „Bei Freiberuflern steht der bürokratische Aufwand in keinem Verhältnis zum fiskalischen Nutzen“, so Seewald.

Freiberufler sind zum überwiegenden Teil als Einzelunternehmer oder in Personengesellschaften tätig. Deren Gewerbsteuerbelastung ist auf die Einkommensteuerschuld anrechenbar. In den meisten Fällen dürfte es sich für den Fiskus um ein Nullsummenspiel handeln, das allerdings mit beträchtlichem bürokratischem Aufwand für alle Seiten verbunden ist. Die abgegebenen zusätzlichen Steuererklärungen müssten von der Verwaltung verarbeitet werden und im Rahmen der persönlichen Einkommensteueranmeldung wäre die vorgesehene Entlastung herzustellen.

„Zudem ist eine Aufkommensverschiebung zwischen Kanzlei- und Wohnsitzgemeinde die Folge“, so Seewald weiter. „Es würden entsprechende Ausgleichsmechanismen notwendig, die zur weiteren Verdichtung des Regelungsdschungels führten.“

Berlin/Leipzig, 11. Oktober 2010

Ansprechpartner:

StB Dipl.-Kfm. Mathias Fortenbacher

fortenbacher@dstv.de

+49 30 27876 2 (vom 11. - 13.10.2010: +49 341 4145-4470)